

Der Aufruf,
bleibende Frucht zu bringen,
gilt auch dem Allgemeinwohl

Christlicher Glaube und Politik

Robert Zollitsch

In ihrem Amtseid schwören der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundesminister, ihre „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen“, seinen Nutzen [zu] mehren [...] und Gerechtigkeit gegen jedermann [zu] üben“ (Artikel 56 Grundgesetz). Auch Abgeordnete und andere Politiker stehen in der gleichen Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen dem Wohl des Gemeinwesens und damit den Menschen zu dienen. Die politische Tätigkeit ist also durch Gemeinwohl – und gerechtigkeitsbezogene Pflichten – definiert und damit an ethische Kategorien gebunden. Hier wird deutlich: Für eine politische Entscheidung sind nicht nur umfassende Sachkompetenz, Allgemeinbildung und Spezialwissen erforderlich; es braucht auch ein ethisch geprägtes Bewusstsein der handelnden Politiker.

Die freiheitliche Demokratie, so hat es Roman Herzog einmal formuliert, braucht Menschen, „deren Solidarität auch diejenigen umfasst, die für sie nicht nützlich werden können und deren Vernunft nicht nur von kalter Rationalität und Effizienzorientierung geprägt ist, sondern auch von einer *raison de cœur*, von Herzensbildung“, denn „technische Intelligenz allein [garantiert] kein menschenwürdiges Leben“ (Roman Herzog, Rede auf Schloss Eingerfeld/Stadt Geseke zum 40-jährigen Bestehen der Bischöflichen Studienstiftung „Cusanuswerk“ am 2. Juni 1996). Politische Entscheidungen erhalten zwar ihre Legitimation durch die demokratische Willensbildung und ihre Mehrheits-

fähigkeit. Daraus lässt sich aber nicht zwingend etwas über ihre ethische Qualität ableiten. Freiheitliche Institutionen, „so klug sie auch entworfen sein mögen, können nicht aus sich heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung demokratischer Politik gewährleisten“ – so die Formulierung des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz in: *Demokratie braucht Tugenden* (Bonn, 2006, 16).

Auch in einem weltanschaulich neutralen Staat sind Politiker auf vorpolitische Quellen angewiesen, die sie bei der ethischen Begründung der politischen Entscheidungen, der angewandten Mittel und der zu erstrebenden Ziele leiten. Sie müssen mithilfe ihres Gewissens, dem allein sie verpflichtet sind, zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Interessen entscheiden. Dieses Gewissen ist jedoch von kulturellen und religiösen Normen und Werten geprägt. Eine dieser vorpolitischen Quellen stellt der christliche Glaube dar. Der Anspruch des „C“ in der Politik ist bei Weitem nicht nur eine Quelle der Motivation, Verantwortung zu übernehmen und Politik zu betreiben, sondern der christliche Glaube will zugleich handlungsleitende Orientierung in der Politik geben.

Christlich geprägte Politik in einer säkularen Gesellschaft

Dass dies in einer säkularisierten Gesellschaft nicht ohne Widerspruch bleibt und immer wieder argumentativ zu begrün-

den ist, zeigen die zunehmenden Diskussionen über das „C“ in der Politik. Gerade in einer säkularen Gesellschaft wird Religion immer stärker zu einem Anstoß, der zu gesellschaftlichen Debatten herausfordert. Obwohl Katholiken und Protestanten in Deutschland zwei Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen, gehört inzwischen ein beachtlicher Bevölkerungsteil keiner Konfession, einer anderen oder keiner Religion an. Nicht wenige stehen dem christlichen Glauben indifferent oder auch ablehnend gegenüber. Es zeigen sich Tendenzen, den christlichen Glauben und damit zentrale Elemente unserer abendländischen Kultur aus dem öffentlichen Raum zu entfernen.

Ethische Gewissheiten sind im Zuge der Säkularisierung und weltanschaulichen Pluralisierung teilweise zerbrochen, sodass immer weniger Klarheit und Übereinstimmung über grundlegende ethische Orientierungen bestehen, die für das gesellschaftliche Miteinander und die Stabilität der Gesellschaft essenziell sind. Religiöse Indifferenz und gesellschaftliche Säkularisierung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik für ihre Gemeinwohl- und Gerechtigkeitsorientierung ethischer Kriterien und Tugenden bedarf, die oftmals religiös geprägt sind. Diesem Erfordernis haben Christen „durch die Einheit und Kohärenz zwischen Glauben und Leben“ (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kongregation für die Glaubenslehre, „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“, Nr. 158, Bonn 2002, 19) und durch das Einbringen christlicher Ressourcen in Gesellschaft und Politik zu entsprechen.

Christliche Politiker und Parteien, die in ihrem Namen das „C“ führen, stehen in einer besonderen Verantwortung, die ethischen Schätze des christlichen Glaubens zu heben und deren Bedeutung für die Gestaltung von Politik zu verdeutlichen. Dieser wertvolle Schatz darf ge-

rade bei der Suche nach neuen Wählerschichten in einer säkularisierten Gesellschaft nicht verloren gehen, wenn das „C“ in seiner Bedeutung nicht entleert werden soll.

Auch wenn die ethischen Leitlinien des christlichen Glaubens Orientierung für alle Menschen guten Willens bieten und damit über parteipolitische Grenzen hinausgehen, so ist der Anspruch, aus dem christlichen Glauben heraus Politik zu gestalten, natürlich ein zentraler Gegenstand von Debatten über das Selbstverständnis von Parteien, die sich selbst als „christlich“ bezeichnen und sich damit einen besonderen Anspruch auferlegen. Von jeher gehören innerhalb dieser Parteien Debatten über das „C“ zu einer regelmäßig wiederkehrenden Selbstvergewisserung. Sie sind jedoch mehr als das: Das Evangelium ist kein Parteiprogramm, und der christliche Glaube erlaubt oft keine einfachen Ableitungen für konkrete Entscheidungen. Er ist vielmehr eine Richtschnur und muss in aktuelle politische Fragen übersetzt werden. Auch die Katholische Soziallehre als sozialetischer Kompass ist kein Schema, aus dem diese Entscheidungen nur abgelesen werden müssen. Sie selbst unterliegt einer ständigen Fortschreibung und Aktualisierung. Die Botschaft des Evangeliums muss unter den Zeichen der Zeit konkretisiert werden, um fruchtbar in der Gesellschaft wirken zu können. Debatten um das „C“ sind deshalb keine reinen Rituale, sondern notwendig, um den eigenen politischen Kurs regelmäßig am eigenen christlichen Anspruch auszurichten.

Glaube als ethischer Kompass

Welches ethische Fundament leitet sich aus dem christlichen Glauben für die Politik ab? Grundlegend sind das christliche Menschenbild und das biblische Gebot der Gottes- und Nächstenliebe. Nach dem christlichen Verständnis vom Menschen ist jede Person Ebenbild Gottes

und Träger einer unveräußerlichen Würde. Der Mensch ist Individual- und Sozialwesen, von Gott berufen, in verantworteter Freiheit die Welt zu gestalten. Die Liebe, die dem Menschen in Jesus Christus geschenkt wird, ist dabei eine schöpferische Kraft. Auf institutioneller Ebene findet sie Ausdruck im Einsatz für das Gemeinwohl, das ebenso „ein Erfordernis von Gerechtigkeit“ ist (Papst Benedikt XVI.: Enzyklika *Caritas in Veritate*, Bonn 2009 – Nr. 186 der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Schriftenreihe „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“, Nr. 7). Der Dienst am Gemeinwohl und an Gerechtigkeit setzt ein Ja zum Menschen und zu seiner Würde voraus. Dies erfordert eine stete Bereitschaft, sich den politischen Herausforderungen zu stellen und um Entscheidungen zu ringen, die primär nicht den Partei- oder anderen Partikularinteressen dienen, sondern der Würde des Einzelnen und dem Gemeinwohl.

Die Katholische Soziallehre hat in der Sozialverkündigung der Kirche, ausgehend vom christlichen Menschenbild, das Doppel-Gebot der Gottes- und Nächstenliebe in den Sozialprinzipien Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl entfaltet. Während Solidarität als Verpflichtung zu Ausgleich und gegenseitiger Hilfe verstanden wird, gilt die Subsidiarität als das Prinzip der Freiheitsgewährleistung: Es geht vom Vorrang des Einzelnen und der kleinen Gemeinschaften vor größeren und stärkeren gesellschaftlichen Gruppen aus, die gleichzeitig zu deren temporärer Unterstützung verpflichtet sind. Das Gemeinwohl als Sozialprinzip ist zwar nicht erst heute auch global zu verstehen. Seine über die nationale Gesellschaft hinausgehende Bedeutung wird jedoch in einer globalisierten Welt in stärkerem Maß mitzubedenken sein. Mit diesen Prinzipien will die Katholische Soziallehre „helfen, dass das, was recht ist, jetzt und hier erkannt und dann auch

durchgeführt werden kann“. Sie will der „Gewissensbildung in der Politik dienen und helfen, dass die Hellsichtigkeit für die wahren Ansprüche der Gerechtigkeit wächst und zugleich auch die Bereitschaft von ihnen her zu handeln, selbst wenn das verbreiteten Interessenlagen widerspricht“ (ebenda, 28a). Dabei sind die Sozialprinzipien ethisch begründete Sicherungsmechanismen für die Menschenwürde und die Grundrechte. Darauf verweist auch der sozialethische Grundsatz, wonach die menschliche Person „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und [sein] muss“ (Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et spes*, 25). Daher ist es Aufgabe der Menschheit, „eine politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, die immer besser im Dienst des Menschen steht und die dem Einzelnen wie den Gruppen dazu hilft, die ihnen eigene Würde zu behaupten und zu entfalten“ (ebenda, 9).

Die doppelte Verantwortung christlicher Politiker

Jesus Christus selbst hat deutlich gemacht, dass die Kirche und ihre Gläubigen einen Sendungsauftrag haben, die Welt mitzugestalten: „Ich habe euch erwählt und dazu bestimmt, dass ihr euch aufmacht und Frucht bringt und dass eure Frucht bleibt“ (Joh 15,16). Christen sind jenseits aller ethnischen, religiösen und kulturellen Grenzen zum Dienst am Menschen berufen. Deshalb hat Papst Johannes Paul II. in seinem nachsynodalen apostolischen Schreiben *Christifideles laici* darauf hingewiesen, dass Christen „nicht darauf verzichten, sich in die ‚Politik‘ einzuschalten, das heißt in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und sys-

tematischen Förderung des *Allgemeinwohls* dienen“. Auch Egoismus und Korruption sowie „die verbreitete Meinung, die Politik sei ein Bereich unbedingter moralischer Gefährdung, [...] [rechtfertigen] auf keine Weise [...] die Abwendung der Christen von den öffentlichen Angelegenheiten“ (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Nachsynodales Apostolisches Schreiben *Christifideles laici* von Papst Johannes Paul II. über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt – „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“, Nr. 87, Bonn 1991, 42). Damit stehen Christen in einer doppelten Verantwortung für die Politik – als Christen und als Staatsbürger.

Der christliche Glaube ist geprägt von der Hoffnung auf eine neue Erde und einen neuen Himmel, denn als Christen haben wir „hier keine bleibende Stadt, sondern suchen die künftige“ (Hebr 13, 14). Diese Glaubenswahrheit schützt vor einer Überforderung der Politik, aber auch vor Enttäuschung und Verzweiflung in

der politischen Praxis. Die christliche Hoffnung auf die zukünftige Heilsvollendung ermöglicht eine gewisse Grundgelassenheit im politischen Handeln, sodass man weniger versucht wird, an den eigenen Unzulänglichkeiten und denen der Welt zu scheitern. Gleichwohl enthebt die Hoffnung den Christen nicht von einem engagierten Handeln im Hier und Jetzt. Sie ist vielmehr „Hoffnung auch für die Erde“ (Joseph Ratzinger: *Werte in Zeiten des Umbruchs*, Freiburg im Breisgau 2005, 66) und schafft gleichzeitig ein Bewusstsein für die Unvollkommenheit dieser Welt. Die wertplurale Realität ist für Christen Herausforderung und Aufgabe zugleich, denn „auf das Größere und Endgültige hoffend, dürfen und müssen wir Christen auch ins Vorläufige, in unsere Staatenwelt hinein Hoffnung tragen“ (ebenda). Von dieser Aufgabe spricht das Motto des 2. Ökumenischen Kirchentages „Damit ihr Hoffnung habt“ in besonderer Weise; es ermutigt geradezu auch zur politischen Sendung der Christen in der Welt.

Wirklicher Impuls

„Alois Glück, der konzediert, dass Christliches im Grundsatzprogramm der CSU noch einen stärkeren Stellenwert hat als bei der CDU, fürchtet beim C-Streit eine generelle Engführung. So werde immer wieder suggeriert, es gäbe einige christliche Spezialthemen. ‚Tatsächlich hat das Christentum politische Arbeit rechenschaftspflichtig vor Gott und den Menschen gemacht. Es geht um eine innere Grundhaltung, nicht um Einzelthemen‘, selbst wenn es zentrale Fragen gebe. Auch reiche es nicht, wenn Konservative lediglich als Kritiker aufträten: ‚Es werden häufig nur Erwartungen formuliert, inhaltliche Anstöße kommen aber kaum. Nur Defizite anzumerken hilft nicht.‘

Für den langjährigen Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission besteht das größte Defizit denn auch darin, dass zu wenig Menschen aus christlichen Gemeinschaften nachwachsen, um sich politisch zu engagieren: ‚Wir haben so viele Chancen wie schon lange nicht mehr, mit unseren Positionen gehört zu werden.‘ Dies liege an der allgemeinen Verunsicherung und der Suche nach Orientierung. ‚Aber wir haben einen eklatanten Mangel an Katholiken aus der mittleren und jüngeren Generation, die aus kirchlichen Gemeinschaften kommen und persönlich die Brücke bilden zwischen Kirche und Politik und das mit entsprechender Kompetenz einbringen.‘

Dies ist für Glück auch die Messlatte, an der sich die Relevanz jeglichen christlichen Engagements in der Union entscheidet: ‚Kommen durch Gruppierungen mehr Menschen aus kirchlichen Gemeinschaften ins politische Leben? Dann wäre es ein wirklicher Impuls und kann etwas bewegen.‘“

Matthias Gierrth am 21. Januar 2010 im *Rheinischen Merkur*